

Risiken und Nebenämter

Die Kandidatur von Ärztepräsident Jacques de Haller als SP-Nationalrat verärgert viele -Berufskollegen. Der -Chirurgenverband stört sich vor allem am eigenmächtigen Vorpreschen des Verbandsvorsitzenden. Doch niemand kann de Haller stoppen.

Von Alex Reichmuth

Als Präsident der Ärztesgesellschaft FMH verdient Jacques de Haller 340000 Franken netto im Jahr, etwa so viel wie ein Chefarzt. Ein solcher steht jede Woche siebzig bis achtzig Stunden im Spital. Doch de Haller will den dicken Zahltag weiterhin erhalten, falls er im Herbst für die SP in den Nationalrat gewählt wird, obschon er dann nur noch einen Teil seiner Zeit für das FMH-Präsidium aufwenden kann.

«Ich arbeite heute wöchentlich etwa achtzig Stunden als Präsident der FMH», verteidigt sich de Haller, «im Fall einer Wahl werden es noch immer rund fünfzig engagierte Stunden sein.» Das sei möglich, weil das FMH-Sekretariat «operative Arbeiten» übernehme, die er bisher selber ausgeführt habe. Immerhin: Die Entschädigungen, die er als Nationalrat zusätzlich erhalte, will er der FMH abliefern.

Viele Ärzte haben genug von solchen Rechtfertigungen. Ihnen stösst der Linkskurs ihres Präsidenten schon seit längerem auf. Wegen seiner Kandidatur für die SP opponieren sie nun offen gegen ihn (vgl. Weltwoche Nr. 17/11). Insbesondere die bürgerlich ausgerichteten Fachverbände FMP (praktizierende Ärzte) und FMCH (chirurgisch und invasiv tätige Ärzte) versuchen, die Kandidatur zu verhindern.

FMCH-Präsident Urban Laffer hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) der Ärztesgesellschaft am 5. Mai in einem Brief aufgefordert, zu prüfen, ob die Kandidatur de Hallers überhaupt zulässig ist. Er berief sich dabei auf die FMH-Statuten, wonach der Einsitz eines Vorstandsmitglieds in einem Wirtschaftsunternehmen nur mit Genehmigung der GPK möglich ist. Ein Nationalratsmandat beeinträchtigt den Präsidenten mindestens so stark wie eine Funktion in der Wirtschaft, schrieb Laffer. Er stellte in Frage, dass ein solches Mandat mit dem Volljob des Ärztepräsidenten vereinbar ist.

Diagnose: politische Unverträglichkeit

Zudem diagnostizierte Laffer politische Unverträglichkeit. Als SP-Na-tio-nalrat werde de Haller «jedes Mal in einen direkten Interessenkonflikt geraten, wenn FMH und SP unterschiedliche gesundheitspolitische Positionen vertreten». Denkbar ist ein solcher Konflikt beim Thema Einheitskrankenkasse: De Haller tritt wie die SP für eine Einheitskasse ein, was den Eindruck erweckt, auch die Ärztesgesellschaft sei dafür. Diese hat jedoch ihre Position noch gar nicht bestimmt.

Die GPK erachtet sich aus formellen Gründen aber als nicht befugt, de Hallers

Kandidatur politisch oder arbeitsrechtlich zu prüfen. Was dessen Arbeitsverhältnis angehe, müsse der FMH-Zentralvorstand selber entscheiden, schrieb sie in ihrer Antwort vom 16. Mai. Somit hat de Haller freie Hand: Es gibt in der FMH keine Instanz, die seine Nationalratskandidatur politisch prüfen kann. Und über arbeitsrechtliche Konsequenzen eines Parlamentsmandats kann er sozusagen selber entscheiden – denn er ist Chef des Zentralvorstandes, der dafür verantwortlich ist.

Für die SP ist alles kein Problem

Der Zentralvorstand hat de Hallers Nationalratskandidatur auch längst abgenickt. Das erstaune ihn nicht, sagt ein erfahrener Beobachter. «Im Zentralvorstand gibt es keine un- abhängigen Leute mehr, die de Haller Paroli bieten würden.» Leute mit einer anderen Meinung habe dieser «längst abgeschafft».

De Haller bestreitet das vehement. Insbesondere weist er darauf hin, dass auch die FMH-Vizepräsidenten politische Ämter für die FDP innehaben. Allerdings: Ignazio Cassis und Ernst Gähler waren bereits FDP-Nationalrat bzw. FDP-Kantonsrat in Appenzell Aus-serrhoden, als sie in den FMH-Zentralvorstand gewählt wurden. Insofern hat die Ärztekammer als Wahlgremium diese Ämter abgesegnet – im Gegensatz zu dem, das de Haller nun anstrebt.

Auf mögliche Interessenkonflikte als Nationalrat angesprochen, betont de Haller, die Positionen von SP und FMH stimmten heute meist überein. Würden sie dies «ausnahmsweise» nicht, werde er sich im Parlament der Stimme enthalten. Mitdiskutieren wolle er aber trotzdem. «Ich wäre auch bei Interessenkonflikten zwischen FMH und SP in der parlamentarischen Kommission dabei, um mein Sachwissen einzubringen – aber rein informativ.»

Von Parteikollegen erhält de Haller Sukkurs. Roland Näf zeigt sich als Präsident der Berner SP nicht überrascht, dass de Haller unter Umständen die Politik seiner Partei nicht mittragen kann. «Es kommt immer wieder vor, dass Nationalräte Meinungen vertreten, die von denen der Partei abweichen.» Auch dass Politiker gleichzeitig die Partei und einen Interessenverband verträten, sei nichts Aussergewöhnliches – zum Beispiel bei Gewerkschaftsvertretern. Ob die Wähler es ebenfalls so problemlos sehen, wenn ihr Vertreter im Zweifelsfall weder die Parteimeinung noch seine eigene vertreten darf, sei dahingestellt.

Stoppen kann de Hallers Nationalratskandidatur also niemand. Doch die Ärztekammer als Wahlgremium des FMH-Zentralvorstandes kann ihm die Wiederwahl als Präsident verweigern – allerdings erst nächstes Jahr.

© Die Weltwoche